

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

Sie haben sich mit einem Anliegen an die Namensänderungsbehörde des Landratsamtes Greiz gewendet. Um Ihr Anliegen/Ihren Antrag ordnungsgemäß bearbeiten zu können, erheben und speichern wir Daten zu Ihrer Person. Für diese Daten sind wir verantwortlich. Wir möchten Sie mit diesem Merkblatt gern darüber informieren, wie wir mit den Daten umgehen, die wir zu Ihrer Person erhoben haben.

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Greiz
die Landrätin
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Abteilung III
Amt Ordnungsamt/Namensänderungsbehörde

Kontakt:

Telefon 03661/876 650
Fax 03661/876 222
E-Mail ordnungsamt@landkreis-greiz.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:

Datenschutzbeauftragte/r Landratsamt Greiz
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz

Kontakt:

Telefon 03661/876 0
Fax 03661/876 222
E-Mail datenschutz@landkreis-greiz.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

- Beratung zu Namensänderungsverfahren bzw. zum Verfahren zur Feststellung des Familiennamens
- Entgegennahme von Namensänderungsanträgen bzw. Anträgen auf Feststellung des Familiennamens
- Bearbeitung von Namensänderungsanträgen bzw. Anträgen auf Feststellung des Familiennamens
- Abhilfeprüfung bei Widerspruch gegen den Namensänderungsbescheid bzw. Feststellungsbescheid
- Beteiligung im Klageverfahren gegen den Namensänderungsbescheid bzw. Feststellungsbescheid
- Verarbeitung der Daten in hausinterner Statistik
- Verarbeitung der Daten im Rahmen von Aufsichts- oder Kontrollbefugnissen innerhalb der Behörde und durch Aufsichts- und Kontrollbehörden außerhalb des Landratsamtes Greiz
- Verarbeitung der Daten im Rahmen von Maßnahmen der Rechnungsprüfung

- Verarbeitung der Daten im Rahmen der Durchführung von Organisationsuntersuchungen für das Landratsamt Greiz
- Nutzung der Daten zur Prüfung und Wartung automatisierter Verfahren der Datenverarbeitung
- Nutzung der Daten zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken durch das Landratsamt Greiz
- Archivrechtliche Anbietung nach Ablauf der festgelegten Aufbewahrungsfristen
- _____
- _____
- _____

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

§ 9 Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NÄndG), § 16 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG), Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DS-GVO) i.V.m. § 6 Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums, § 11 Thüringer Archivgesetz (ThürArchivG)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- innerhalb des Verantwortlichen:
 - Jugendamt** (Sozialer Dienst, Pflegekinderstelle)
 - Kreiskasse**
 - Kreisarchiv**
- Auftragsverarbeiter: _____
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
 - Einwohnermeldeämter** (frühere Wohnsitze, aktueller Haupt- und Nebenwohnsitz)
 - Landeskriminalämter** der Hauptwohnsitze der vergangenen 5 Jahre zur Ermittlung, ob derzeit Ermittlungsverfahren anhängig sind
 - Inländische Standesämter** (Geburtsstandesamt, Eheschließungsstandesamt, Lebenspartnerschaftsstandesamt, evtl. Standesamt I in Berlin)
 - Staatsanwaltschaft und Polizeidienststellen** (bei anhängigen oder abgeschlossenen Strafverfahren/Ermittlungsverfahren)
 - Amtsgericht** als Familiengericht, Betreuungsgericht und Schuldnerverzeichnis
 - Jugendamt** (Sozialer Dienst, Pflegekinderstelle)
 - leibliche Eltern des Kindes** (bei Pflegekindern)
 - anderer Elternteil** (bei Antragstellung durch alleinsorgeberechtigten Elternteil)
 - Pflegeeltern**
 - Stiefvater** (wenn in den Namen des Stiefvaters geändert werden soll)
 - andere Namensänderungsbehörden** (soweit früher bereits ein Namensänderungsantrag gestellt wurde bzw. sich auf Namensänderungsverfahren von Verwandten bezogen wird)
 - Thüringer Landesverwaltungsamt (Referat 200)** (zur Klärung schwieriger Rechtsfragen)
 - Behörde, die den Antrag auf Namensänderung eingereicht hat**
 - Deutsche Auslandsvertretung** (wenn der Antragsteller im Ausland lebt und keinen Zustellbevollmächtigten im Inland benannt hat)

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt:

ja

nein

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von:

- 1 Jahr - alle Aufzeichnungen zu Beratungsgesprächen, soweit später kein Antrag auf Namensänderung oder –feststellung gestellt wurde; bei Abgabe der Unterlagen an eine andere Behörde (z.B. wegen Wechsel der Zuständigkeit)
- 10 Jahren - bei Ablehnung des Namensänderungs- oder Feststellungsantrages oder Rücknahme des Antrages durch den Antragsteller
- 50 Jahre - bei Genehmigung des Namensänderungs- oder Feststellungsantrages

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht **zum Teil** auf einer Einwilligung (Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Sie haben das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen:

ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind:

Ablehnung Ihres Namensänderungs- bzw. Feststellungsantrages

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO:

ja nein

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden

ja nein